

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

März 2020

Sehnsucht



Monatsinterview mit
Dr. Debora Sommer-
Mauerhofer
Seite 8



PRO & KONTRA

Unterschiedliche Meinungen halten die Politik lebendig. Zwei starke Stimmen zum Jagdgesetz.

Seite 4

GLOSSE

Novum im «Standpunkt»: Ein humoristisch-ernster Rückblick auf die Abstimmung vom 9. Februar.

Seite 14

KANTON ZÜRICH

- Sind Kälber wertvoller als Kinder?
- Regierung zeigt wenig Herz für Familien
- Einladung zum Parteitag am Freitag, 13. März, 20 Uhr
KANTONALTEIL

Beachten Sie die Beilagen!

Dieser Ausgabe liegt ein Referendumsbogen sowie, in BE und ZH, eine Einladung zur Mitgliedschaft in der ACE bei.

Zentralsekretariat

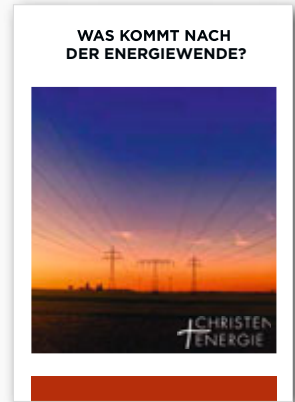
Die Krise der Energiepolitik ist eine moralische Krise

Mit dem Ja zum revidierten Energiegesetz (Energiestrategie 2050) hat unser Land die Weichen auf eine radikale «Energiewende» nach deutschem Vorbild gestellt. Ziel ist der Verzicht auf Kernenergie, die heute gegen 40 % der einheimischen Stromproduktion ausmacht. Zum Ausgleich des Produktionsausfalls schreibt das neue Energiegesetz praktisch die Halbierung des Energieverbrauchs und einen extremen Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung vor. Die Folge sind steigende Energiekosten, Schäden an der nationalen Wohlfahrt und Stromausfälle, die zu seelischem Stress, Verlust von Freiheit und zu Mangelversorgung führen. Den grössten Preis bezahlen die Schwächsten der Gesellschaft. Technik, Zivilisation und die freie Marktwirtschaft seien zerstörerische Kräfte, und ohne Mensch gehe es der Natur besser: Aus diesem nihilistischen Geist entstand die Anti-Atomkraft-Bewegung, die ihrerseits der «Energiewen-

de» den Weg bereitet hat. Deshalb ist die Krise der Energiepolitik auch eine geistige und moralische Krise. Es ist höchste Zeit, dass Christen wieder das menschen-, freiheits- und vernunftsbejahende Potenzial ihres Glaubens zum Leuchten zu bringen. Die Arbeitsgruppe Christen + Energie (ACE) setzt sich für eine sichere, zuverlässige und günstige Energieversorgung ein. Von Kirchen, Parteien und der Wirtschaft unabhängig, wirft sie auf der Grundlage christlicher Werte Fragen zur Energieversorgung auf, etwa mit Publikationen und Veranstaltungen. Fühlen Sie sich angesprochen? Dann werden Sie Mitglied! Den Ausgaben in BE und ZH liegt ein Faltprospekt bei; im Januar-«Standpunkt» war ein Interview mit dem Präsidenten der ACE zu lesen.

Lukas Weber

➔ [Kontakt via Antwortkarte oder info@christenenergie.ch](mailto:info@christenenergie.ch)



Ohne Palmöl sind Mensch, Landwirtschaft und Natur gesünder!

Im Januar 2018 kritisierte die EDU in einer Presseerklärung das EFTA-Wirtschaftsabkommen mit Indonesien. Die umweltzerstörerische Massengewinnung von Palmöl solle nicht zusätzlich durch Importerleichterungen gefördert werden. Indonesien ist der grösste Palmölproduzent der Welt. Das grossflächige Roden oder Abbrennen von Urwäldern zur Palmölgewinnung in Monokulturen zerstört unwiederbringlich einen der artenreichsten Regenwälder der Welt. Indigene, Bäuerinnen und Bauern werden vertrieben. In der Nationalratsdebatte vom 26.9.2019 scheiterte der Antrag einer Ratsminderheit «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser». Palmöl aus Regenwald zerstörender Produktion sei auszuschliessen und nur «nachhaltiges Palmöl» solle Zollpräferenzen erhalten. Weiter müssten faire Arbeitsbedingungen in der indonesischen Landwirtschaft garantiert sein und Menschenrechte respektiert werden. Der Bundesrat solle u.a. die notwendigen Zuständigkeiten und Verfahren zur Umsetzung und Kontrolle dieser Nachhaltigkeitsbestimmungen in einer Verordnung regeln,



über die Umsetzung Bericht erstatten und wirksame Kontrollen durchführen. Wie grossflächig die Regelverstösse ausfallen, belegt auch ein von Indonesien im August 2019 publizierter Report (s. auch <https://news.mongabay.com/2019/08/81-of-indonesias-oil-palm-plantations-flouting-regulations-audit-finds/>), der feststellt, dass 81 % der Palmölplantagen gegen die staatlichen Anforderungen verstossen. Palmöle und Palmfette enthalten gemäss der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) nachweislich mehr krebserregende und schädliche Stoffe als andere Öle und Fette. Für eine gesundheitlich und ökologisch sinnvolle Verarbeitung von Lebensmitteln ist darum dringend die einheimische Rapsölproduktion zu erhalten und zu fördern. Die Schweizer Landwirtschaft darf nicht durch die Billig-Importe des schädlichen Palmöls untergraben werden.

Mathias Stalder

➔ www.uniterre.ch

Wir bleiben engagiert!



«Nun haben wir also eine Regierung, die Beleidigen bestrafen soll, es aber ablehnt, das Leben eines ungeborenen Kindes zu schützen!», kommentiert ein Leser die Abstimmung übers «Zensurgesetz». Wer soll als Nächstes geschützt werden? Die Frage wurde mit der Forderung der Ausdehnung der Rassismus-Strafnorm auf Transgender-Menschen bereits am Abstimmungssonntag beantwortet. Sollten auch bibelgläubige Christen expliziten staatlichen Schutz anbegehren? Die Haltung, dass ungeborenes Leben schützenswert ist, wird nicht selten mit Hass und physischer Gewalt bekämpft.

«Die Kirche, die Gottes Wort vertritt, lehrt auch «Liebe deinen Nächsten». Sie werden von Gott so geliebt wie du und ich», schreibt der erwähnte Leser weiter. Es ist tatsächlich nicht immer leicht zu verstehen, dass Liebe auch einmal «Nein» sagen kann.

Die EDU hat immer wieder gezeigt, dass sie die Menschen wertschätzt, aber politische Forderungen auch mal verneint. Mit den Themenkreisen Energie, Palmöl oder «Ehe für alle» stehen nächste Aktionen an.

Danke für Ihre weitere Aufmerksamkeit!

Herzliche Grüsse

Thomas Feuz, Redaktionsleiter

Inhalt

- 5 Willkommen in Olten!
- 6 «Ehe für alle» als Knackpunkt
- 11 Ein bedenkliches Gesinnungsurteil
- 12 Die Unruhen in Nahost nehmen wieder zu
- 13 klipp & klar | EDU in Aktion
- 15 Wirtschaftsstandort Schweiz
- 16 Gebet | Seminar vom 23. Mai
- 17 Pagina Ticinese | Umfrage
- 18 Service-Seite: Angebote und Termine

www.edu-schweiz.ch

Wort des Monats

«EIN WAHRHAFTIGES ERINNERN FÜHRT IN EIN ENGAGEMENT FÜR FRIEDEN UND VERSÖHNUNG. WIR MÜSSEN DAS EVANGELIUM DES FRIEDENS KLAR HERAUSSTELLEN.»

Sebastian Feydt, Pfarrer der Frauenkirche Dresden, zur Bombardierung Dresdens vor 75 Jahren (Interview des EPD)



Momentaufnahmen am Abstimmungssonntag. Wir danken Ihnen für jede Stimme und alle Spenden für den Abstimmungskampf.

Soll das Jagdgesetz angenommen werden?

Pro



David Clavadetscher, Geschäftsführer von JagdSchweiz und Kampagnenleiter des Pro-Komitees

Das Jagdgesetz ist 34 Jahre alt und erfüllt die Anforderungen an Natur- und Tierschutz nicht mehr. Das revidierte Gesetz basiert auf zahlreichen parlamentarischen Vorstößen. Eine klare Mehrheit des Parlaments steht hinter der Gesetzesrevision.

Seit Inkrafttreten des alten Jagdgesetzes 1986 erholen sich die Bestände zahlreicher bedrohter Arten wie beispielsweise Biber, Höckerschwan oder Wolf. Das führt vermehrt zu Konflikten mit Land-, Alpwirtschaft und Fischerei. Mit der Revision passt das Schweizer Parlament das Gesetz mit Augenmass an diese Entwicklungen an. Das Gesetz enthält klare Spielregeln zur Regulation von geschützten Arten, ohne die Bestände zu gefährden.

Kompetenzen für Kantone – einheitliche Praxis

Die Kantone müssen die Aufgaben der Jagd nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit planen und untereinander koordinieren. Dies steht im Grundsatzartikel zum revidierten Jagdgesetz. Die Kantone sind bereits heute mit zahlreichen Artenschutzaufgaben beauftragt und haben Erfahrung in der Umsetzung. Die Schutzaufgaben der Kantone werden überkantonal koordiniert und vom Bund unterstützt. Beispiel: die Anlegung von überregionalen Wildtierkorridoren. Grossraubtiere können schnell grossen Schaden anrichten. Entsprechend braucht es Entscheidungskompetenz für die Kantone. Sie kennen die Streifgebiete der Wildtiere. Sie haben den verantwortungsvollen Umgang mit allen Arten in der Vergangenheit bewiesen; so haben sie in Gebieten, wo die Bestände von jagdbaren Arten zu gering waren, diese von der Jagd ausgenommen.

Schutz wildlebender Tiere und Förderung Artenvielfalt

Tierschutz, Tiergesundheit, Nachhaltigkeit und die interkantonale Koordination der Jagd werden im Grundsatzartikel klar festgehalten. Ein regulierter Wildbestand sichert vielen Tieren das Überleben, reduziert Verkehrsunfälle und Schäden an Forst- und Landwirtschaftskulturen. Sprechen wir über Artenvielfalt, so geht oft vergessen, dass auch landwirtschaftliche Nutztiere, wie z. B. Rinder, Ziegen und Schafe Bestandteil der Artenvielfalt sind.



Kontra



Sara Wehrli, Pro Natura, Verantwortliche Grosse Beutegreifer/Jagdpolitik; Koordinatorin «Jagdgesetz-Nein»

Einheimische Wildtiere gehören zu unserer Heimat wie Rösti und Bundeshaus. 1986 hatte das ein bürgerliches Parlament erkannt. Ohne Gegenstimme im National- und mit zwei Gegenstimmen im Ständerat hatte es das eidgenössische Jagdgesetz verabschiedet. Mit Erfolg: Steinböcke und Steinadler sind in den Alpen heute leicht zu beobachten, Biber, Luchs und Bartgeier konnten wieder heimisch werden.

Angriff auf heimische Wildtiere

Nun aber scheint dem Parlament seine Verantwortung für die Wildtiere abhandengekommen zu sein. Wegen einiger Wölfe formte es das bisherige Gesetz mit seiner ausgewogenen Balance zwischen Jagd, Schutz und Regulierung zu einem einseitig auf Abschüsse «störender» Tiere fokussierten Regelwerk um. Neu sollen präventive Abschüsse möglich werden, ohne dass Tiere Schäden angerichtet hätten. Biber, Luchs, Höcker-schwan und andere mehr können vom Bundesrat jederzeit auf die Abschussliste gesetzt werden – ohne dass Volk und Parlament dazu äussern könnten. Selbst in Wildtierschutzgebieten soll geschützten Tieren nachgestellt werden können. Das gilt es mit einem Nein zu stoppen.

Prävention ist wichtiger

Das bisherige Jagdgesetz bietet den Kantonen schon die Möglichkeit, problematische Einzeltiere abzuschliessen und – mit Bewilligung des Bundes – ganze Bestände zu regulieren. So geschehen etwa im Kanton Graubünden, wo letzten Herbst vier Jungwölfe geschossen wurden. Konflikte mit Wildtieren werden nicht nachhaltig durch das Gewehr gelöst; viel wichtiger sind Präventionsmassnahmen. Diese werden mit dem neuen Gesetz aber sabotiert. Das missratene Jagdgesetz höhlt den Artenschutz in der Schweiz aus. Es bringt für die Ausübung der Jagd keine konkreten Verbesserungen. Diesen Angriff auf bedrohte Säugetiere und Vögel gilt es abzuwehren. Das Jagdgesetz gehört zurück an den Absender.

Willkommen in Olten!

Die diesjährige Mitgliederversammlung findet am 4. April statt. Für die EDU ist 2020 ein Wahljahr: Geschäftsleitung und Rechnungsrevisoren werden neu bestellt. Andreas Gafner wird sich erstmals in seiner Funktion als neuer EDU-Nationalrat an die Mitglieder wenden.



Hans Moser, Präsident EDU Schweiz

Nebst den ordentlichen statutarischen Aufgaben hat die Mitgliederversammlung auch zu grundsätzlichen Fragestellungen aus EDU-Sicht Stellung zu nehmen. Das Grusswort und der erste Erfahrungsbericht des neuen Nationalrats der EDU Schweiz werden mit Spannung erwartet.

Politische Agenda ist gefüllt

Auf der politischen Agenda der EDU steht die Pflegefinanzierungsinitiative. Diese wird zur Entlastung der angespannten finanziellen Forderungen von Familie, Gemeinden und Kantonen führen. Die Verantwortung der Gesundheitskosten wird dort angesiedelt, wo auch ein grosser Teil der Kosten veranlasst werden. Kantone und Gemeinden sollen entlastet werden; sie sollen mehr Luft und Spielraum erhalten, um Steuereinnahmen vor Ort einzusetzen. Das Referendum gegen die Erweiterung der Rassismus-Strafnorm fand mit der Volksabstimmung vom 9. Februar seinen Abschluss. Die Fakten sind klar, das Stimmvolk hat entschieden. Bereits am Abstimmungssonntag wurden Aussagen laut, was die EDU seit Jahren immer

wieder betont: weitere Forderungen, seitens der LGBT-Bewegung konkret hinsichtlich «Ehe für alle» mit Kinderadoption, Samenspende und Leihmutterchaft. Die EDU wird auch in Zukunft gefordert sein.

Weichenstellung Richtung Zukunft

Die Mitgliederversammlung nimmt eine wichtige Weichenstellung vor, wählt sie doch einen neuen Präsidenten, Vizepräsidenten und eine verantwortliche Person für die Finanzen. Die übrigen Mitglieder der Geschäftsleitung stellen sich zur Wiederwahl, ebenfalls können die Revisoren bestätigt werden.

Als Präsident stellt sich Grossrat Daniel Frischknecht (edu TG) zur Verfügung, als Vizepräsident Kantonsrat Thomas Lamprecht (edu ZH). Für das Ressort Finanzen, mit Rechnungsführung und Einsitz in der Geschäftsleitungsmittglied, empfiehlt die GL Carina Burkhalter-Gafner zur Wahl. Bis anhin wurde die Funktion des Vizepräsidenten und Ressortchefs Finanzen von Roland Haldimann in Personalunion wahrgenommen. Infolge Einsitznahme von Nationalrat Andreas Gafner und der Entflechtung von Vizepräsidium und Ressortchef Finanzen wird die GL der EDU Schweiz um zwei Personen erweitert. Die Aufgaben für die Parteiführung werden in absehbarer Zeit nicht geringer. Eine personelle Aufstockung wird sicher entsprechende Früchte tragen.

Gemeinsam weiterhin aktiv

Die Mitglieder der EDU Schweiz sind eingeladen, am 4. April mitzubestimmen, zu verabschieden, zu wählen und die Weichen Richtung Zukunft zu stellen. Sie erhalten demnächst eine persönliche Einladung.

Wir heissen alle Mitglieder ganz herzlich willkommen und freuen uns, mit einer grossen Schar politisch engagierter Mitglieder das EDU-Schiff auf Kurs zu halten. ●



«Das EDU-Schiff auf Kurs halten»: Die Mitgliederversammlung entscheidet am 4. April in Olten, wohin die Fahrt geht.

«Ehe für alle» als Knackpunkt

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Neins zum «Zensurgesetz» wurde «Ehe für alle» als nächstes Ziel postuliert. Nachstehend eine kleine Zeitreise und die kritische Auseinandersetzung mit Zeitgeist und politischer Raffinesse.



alt Nationalrat Markus Wäfler

Der Entscheid über eine Wiederholung der Abstimmung über die CVP-Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» ist noch nicht gefällt. Die CVP wird ihre Initiative wohl zu Gunsten der «Ehe für alle» zurückziehen, um nicht als Spielverderber zu gelten.

Ein Widerspruch zur Verfassung?

In der Frühjahrssession wird der Nationalrat als Erstrat über die von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeitete Vorlage Nr. 13.468 Parlamentarische Initiative (PI) «Ehe für alle» beraten. Die PI der grünliberalen Fraktion vom 5.12.2013 fordert die Ergänzung des Begriffs «Ehe» mit dem zusätzlichen Begriff «Lebensgemeinschaften» und den Zugang zu gesetzlichen Regelungen betreffend Ehe und Lebensgemeinschaften für alle Paare, unabhängig des Geschlechts. Ein Adoptionsrecht für homosexuelle Paare wurde ausdrücklich nicht gefordert. Aufgrund dieser vom Parlament angenommenen PI erarbeitete die Rechtskommission des Nationalrats die nun zur Debatte stehende Ände-

rung des Zivilgesetzbuchs. Aus taktischen Gründen wurde auf eine gleichzeitige Integration des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zur Fortpflanzungsmedizin verzichtet, um die Vorlage nicht zu gefährden.

In der Vernehmlassung wurden die Grundsätze grossmehrheitlich begrüsst. Seitens von EVP, SVP, EDU und Einzelpersonen wurde darauf hingewiesen, dass die Ehe seit jeher als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau verstanden wurde und eine derartige Öffnung dem Rechtsverständnis und dem bisherigen Verständnis des Ehebegriffs in der Verfassung widerspreche. Der heutige links-liberale Mainstream foutiert sich um solche «altmodischen» Ansichten.

Erfolgreiches Referendum

Am 17. Mai 1992 fand aufgrund eines von der EDU unterstützten Referendums die Abstimmung über das revidierte Sexualstrafrecht statt. Das damalige «Schweizerische Komitee für ein ehrliches Sexualstrafrecht» unter dem Co-Präsidium der Nationalratsmitglieder Vreni Spoerry (fdp ZH), Ursula Hafner (sp SH), Gianfranco Cotti (cvp TI), Elisabeth Zölch (svp BE), Rosmarie Bär (gp BE), Jean-François Leuba (lib VD) und Ständerätin Monika Weber (ldu ZH) erstellte ein Kontra-Argumentarium.

So konnte man unter «4. Wer sind die Gegner des neuen Sexualstrafrechtes?» lesen: «Die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU), eine kleine Splitterpartei, sowie die Organisation «Ja zum Leben» haben dem neuen Sexualstrafrecht den Kampf angesagt. Mit abstrusen und zum Teil unwahren Behauptungen versuchen sie, dem Stimmvolk weiszumachen, das neue Sexualstrafrecht führe zu einem eigentlichen Sittenzerfall und zur Legalisierung der Pornographie. Ihre Überzeugung versuchen sie mit geradezu sektiererischem Eifer durchzusetzen. Mit solcher Schwarzmalerei gelang es den Referendumsinitianten, innerhalb von nur zwei Monaten fast 150 000 Unterschriften gegen das neue Sexualstrafrecht zusammenzubringen.»

Auf unser Argument: «Mit der strafrechtlichen Gleichstellung von Homo- und Heterosexualität wird die völlige rechtliche Gleichstellung der Homosexualität mit der Heterosexualität vorge-



«Für Ehe und Familie»: Die CVP dürfte vor dem Zeitgeist einknicken und ihre Initiative zugunsten einer «Ehe für alle» zurückziehen.

spurt» antwortete das Komitee: «Davon kann nicht die Rede sein. Die Streichung des Artikels 194 StGB beinhaltet einzig die strafrechtliche Gleichstellung von hetero- und homosexuellem Verhalten. Dies bringt nicht zwangsläufig eine zivilrechtliche Gleichbehandlung mit sich.» 12 Jahre später verabschiedete das Parlament das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG). Am 5. Juni 2005 wurde es in der Referendumsabstimmung genehmigt.

«Umsetzung in Etappen»

Im Abstimmungsbüchlein vom 5. Juni 2005 schrieb der Bundesrat betreffend eingetragene Partnerschaft in Bezug auf Adoption und Zugang zur Fortpflanzungsmedizin: «Gleichgeschlechtliche Paare können keine Kinder adoptieren. Insbesondere ist es auch untersagt, ein leibliches Kind der Partnerin oder des Partners als eigenes anzunehmen. Ebenfalls ausgeschlossen ist eine medizinisch unterstützte Fortpflanzung (z. B. künstliche Befruchtung).»

In seiner Medienmitteilung vom 29.01.2020 zur Vorlage der Rechtskommission des Nationalrats betreffend «Ehe für alle» schreibt der Bundesrat: «Demnach soll zunächst der Grundsatz geregelt werden, dass auch gleichgeschlechtliche Paare heiraten können. Weitere Fragen – insbesondere der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin – sollen vertieft geprüft und zu einem späteren Zeitpunkt gesondert diskutiert werden. (...) Weiter erachtet der Bundesrat den Entscheid der Kommission als sachgerecht, die Revision in Etappen umzusetzen und in einem ersten Schritt nur die für die Öffnung der Ehe unbedingt notwendigen Punkte zu regeln. Der Bundesrat ist ebenfalls der Ansicht, dass eine Erweiterung auf heikle politische Fragen wie etwa die Regelung der Hinterlassenenrente und den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin den Erfolg der Vorlage als Ganzes gefährden oder das Inkrafttreten um Jahre verzögern könnte.»

Was doch Zeitgeist, Medien und politische Opportunität und Salamtaktik nicht alles zustande bringen! ●

Hochspannung unter der Bundeshauskuppel

In der Frühlingssession 2020 stehen einige gewichtige Geschäfte auf der Traktandenliste. Für Diskussionsstoff ist mit Sicherheit gesorgt.

Nationalrat Andreas Gafner

Im Bericht der aussenpolitischen Kommission stehen die Chancen der **Digitalisierung** für die Wirtschaft und Diskussion um **Investitionskontrollen** im Zentrum. Zur Debatte stehen das **Landwirtschaftsabkommen** zwischen der Schweiz und Israel und weitere Zusatzabkommen. Die Motion von Ständerat Beat Rieder verlangt vom Bundesrat gesetzliche Grundlagen für eine **Investitionskontrolle für ausländische Direktinvestitionen** in Schweizer Unternehmen. Eine weitere Motion hat zum Ziel, die Verwirrung im **Milchmarkt** zu klären und Stabilität zu schaffen. Die beiden Geschäfte 19.064 und 20.3003 sind gekoppelt und verlangen eine vermehrte **Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs** von der Strasse auf die Schiene. Dazu müsste die Bahn günstiger, schneller, praktischer und zuverlässiger werden. Eines der zentralen gesellschaftspolitischen Geschäfte ist «**Ehe für alle**», in der zweiten Hälfte der Session traktandiert. Die Parlamentarische Initiative wurde 2013 von der grünliberalen

Fraktion eingereicht. Die «Ehe für alle» kennen etwa die Niederlande (2001), Belgien, Spanien, Schweden, Norwegen, Portugal, Island, Dänemark, Frankreich, England, Wales, Schottland, Luxemburg, Irland, Finnland, Deutschland, Malta und Österreich (2019). In der Vernehmlassung äusserten sich 19 Kantone und 6 politische Parteien grundsätzlich positiv; nur 4 Kantone und 3 Parteien lehnten die Vorlage ab. Mit der Annahme der Vorlage würde auch der Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption in Kraft treten. Aufgrund dieser «Salamtaktik» dürfte der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin die nächste Forderung sein. Die Annahme der erweiterten Rassismustrafnorm aufgrund der sexuellen Orientierung hat dem Geschäft Rückenwind gegeben.

Im Weiteren stehen auch einige **Doppelbesteuerungsabkommen** zur Debatte, denen ich kritisch gegenüberstehe. Eine Kommissionsmotion verlangt, die **Personalausgaben** des Bundes auf 6 Milliarden und die Anzahl Stellen auf 37 500 Vollzeitstellen zu begrenzen. In den letzten Jahren wurde das Bundespersonal laufend aufgestockt, etwa 2019 pro Tag um eine Stelle. ●





Sehnsucht oder: Leben im Horizont der Ewigkeit

Alltägliche Sehnsüchte, Grundsehnsüchte und die Ursehnsucht: Sehnsucht gehört zum Leben der Menschen. Unsere Interviewpartnerin erkennt auch in gewissen politischen Forderungen eine Sehnsucht, jene nach einer besseren Welt zum Beispiel. Als Theologin geht sie das Thema ganzheitlich an.

Thomas Feuz

Frau Sommer, wonach sehnen Sie sich zurzeit am meisten?

Dr. Debora Sommer: Zurzeit sehne ich mich besonders nach neuer Energie. Das Jahr 2020 hat mit einigen gesundheitlichen Herausforderungen begonnen, die viel Kraft gekostet haben.

Umfragen zufolge sehnen sich alle nach irgendetwas. Wonach zum Beispiel?

Trendforschungsinstitute beschäftigen sich mit genau dieser Frage. Zu den aktuellen Trends gehören beispielsweise die Sehnsucht nach Stille und nach Rückzug – als Reaktion auf unsere schnelllebige, laute und komplexe Welt. Im Trend liegt auch die Sehnsucht nach Einfachheit. Weniger ist das neue Mehr! Ausmisten, Entrümpeln und Entschlacken sind angesagt. Zu den Sehnsüchten der Gegenwart gehört ebenso der Wunsch nach Selbstverwirklichung und Selbstoptimierung. Oder die Sehnsucht nach Echtheit. Diese zeigt sich auf der sozialen Plattform Instagram beispielsweise mit Hashtags wie #nofilter («kein Filter») oder #fürmehrrealtätaufinstagram.

Hat sich Sehnsucht im Laufe der Geschichte verändert?

Oberflächlich betrachtet, könnte man tatsächlich zu dieser Schlussfolgerung kommen. Bei näherem Betrachten wird jedoch deutlich, dass sich die Grundsehnsüchte, die diesen zeitbedingten und kulturellen Sehnsüchten zugrunde liegen, im Laufe der Menschheitsgeschichte kaum verändert haben. So ist z. B. die Grundsehnsucht nach einem gelingenden Leben etwa so alt wie die Menschheit. Aber auch die Sehnsucht nach Liebe, Annahme, Anerkennung, Bedeutung, Heimat, Zugehörigkeit und so weiter. Im Grunde genommen versucht jede Menschheitsgeneration ihre eigenen Antworten auf die Frage zu finden, wie das Leben gelingen kann.

Stimmen Sie dem deutschen Dichter Friedrich Hebbel zu, wonach die Sehnsucht nach Gott am meisten Befriedigung sucht?

Ich würde diesem Zitat nur dann zustimmen, wenn man davon ausgehen könnte, dass die Menschen sich ihrer Sehnsüchte bewusst sind. Doch genau hier sehe ich ein Problem. Viele Menschen haben den Zugang zu ihren Gefühlen

verloren. Sie haben so grosse Angst vor dem, was an Sehnsüchten in ihnen stecken könnte, dass sie den Blick in ihr Innerstes tunlichst vermeiden. Dass die menschlichen Sehnsüchte letztlich auf Gott hinweisen, ist eine weitere Erkenntnis, die erst einmal gewonnen werden muss.

Ihr nächstes Buch widmet sich der Sehnsucht. Ein zutiefst christliches Thema?

Ich behaupte, ja! Zumindest dann, wenn man das Thema Sehnsucht unter die Prämisse stellt, dass Gott selbst die Quelle aller Sehnsucht ist. Sehnsucht zieht sich wie ein roter Faden von der ersten bis zur letzten Seite der Bibel. Gott sehnt sich mit unendlicher Sehnsucht nach einer Beziehung zu uns Menschen und geht dafür bis zum Äussersten. Jesus Christus ist die Sehnsucht Gottes in Person. Eine sichtbar gewordene, göttliche Einladung an die Menschen – und Ausdruck der sehnsüchtigen Liebe und Barmherzigkeit Gottes.

Worum geht es Ihnen als Autorin?

Ich möchte meine Leser einladen, auf Tuchfühlung mit ihren Sehnsüchten zu gehen und ihre eigene Reise der Sehnsucht zu wagen. Es ist mir auch ein Anliegen, dass wir unterschiedliche Arten von Sehnsüchten erkennen und fähig werden zu beurteilen, welche Sehnsüchte zerstörerisch und welche lebensfördernd sind. Letztlich möchte ich dafür sensibilisieren, dass Sehnsucht ein Gottesgeschenk ist. Wenn wir es zulassen, können unsere tiefsten Sehnsüchte zum Ort einer heiligen und intimen Verbindung mit dem lebendigen Gott werden und zu einer Lebenskraft, die unser Leben auf Kurs hält.



Im Buch gehen Sie auf verschiedene «alltägliche» Sehnsüchte ein...

Hier greife ich gerne das Symbol der blauen Blume auf, das in der Romantik stellvertretend für Sehnsucht verwendet wurde. Im Leben von uns allen gibt es solche «blauen Blumen». Dinge, nach denen wir uns sehnen. Wesentlich schwieriger ist es, die Grundsehnsüchte hinter den alltäglichen Sehnsüchten zu entlarven. Angenommen, meine «blaue Blume» wäre ein tolles neues Auto. Dann richtet sich meine eigentliche Sehnsucht vermutlich weniger auf das Auto an sich als vielmehr auf die zugrunde liegende Grundsehnsucht nach Anerkennung oder Bedeutung, die ich mir durch das neue Auto erhoffe. Das Problem ist, dass menschliche Sehnsüchte weder auf zwischenmenschlicher noch auf materieller Ebene dauerhaft gestillt werden können. In meinem Buch unterscheide ich daher drei Arten von Sehnsucht: 1. Alltägliche Sehnsüchte, 2. Grundsehnsüchte und 3. die Ursehnsucht.

Was – oder wer – stillt unsere (Ur-) Sehnsucht?

Im Blick auf die Ursehnsucht gilt: Es ist Gottes tiefste Sehnsucht, unsere Ursehnsucht zu stillen. Doch selbst dies geschieht nicht einfach automatisch und auf Dauer. Ob und wie meine Ursehnsucht gestillt wird, hängt davon ab, in welchem Ausmass ich Gottes Wirken an mir zulasse. Zudem geschieht Erfüllung auch hier bloss bruchstückhaft. In vollkommener Weise wird meine Ursehnsucht erst im Himmel gestillt.

Zur Person

Dr. Debora Sommer-Mauerhofer (45), verheiratet mit Rolf, 2 Kinder. Theologin, Referentin, Autorin. Dozentin am Theologischen Seminar St. Chrischona.

Liebt Menschen, Literatur und Musik, Kirchen- und Missionsgeschichte, christliche Spiritualität und Kunst, Sonnenuntergänge, Meeresrauschen und Schokolade.

➔ www.deborasommer.com

... sprechen Sie deshalb von einem Leben im Horizont der Ewigkeit?

Ich gehe im Buch auf die geheimnisvolle Stelle in Prediger 3,11 ein, wo steht, dass Gott den Menschen die Ewigkeit ins Herz gelegt hat. Wir Menschen sind mit einem Ewigkeitssinn ausgestattet, der uns immer wieder daran erinnert, dass das Diesseitige nicht alles ist. Das Geheimnis eines sinnerfüllten Lebens liegt darin, mich schon zu Lebzeiten als Ewigkeitsmensch zu verstehen. Ein Leben im Horizont der Ewigkeit hilft mir dabei, wesentliche von unwesentlichen Sehnsüchten zu unterscheiden. Angesichts meiner Endlichkeit erscheinen Sehnsüchte, die ausschliesslich mein eigenes Wohlergehen im Blick haben, bemerkenswert blass. Umgekehrt können Sehnsüchte, die mein Herz wachhalten und meine Aufmerksamkeit für Gottes Möglichkeiten und die Dimension seines Reiches schärfen, zu einer richtungsweisenden Lebenskraft werden, die mich auf meinem Weg beflügelt.

Erkennen Sie den Ausdruck von Sehnsucht auch in politischen Forderungen?

Durchaus! Der Philosoph Ernst Bloch sah in der menschlichen Unzufriedenheit eine der wertvollsten menschlichen Eigenschaften überhaupt. Denn sie bringt den Menschen dazu, nach Verbesserung zu streben. Die Sehnsucht nach einer besseren und gerechteren Welt motiviert die Menschen immer wieder zur Tat. Selbst der Klimaaktivismus der jungen Generation mit den Schulstreiks «Fridays for Future» ist im Kern Ausdruck einer Sehnsucht – der Sehnsucht nach einer besseren Welt. Eine Sehnsucht, die vermutlich so alt ist wie die Menschheit selbst.

Was sehnen Sie persönlich am meisten herbei?

Den Moment, wenn ich Jesus von Angesicht zu Angesicht sehen darf.

Letzte Frage: Haben Sie ein Lebensmotto?

Soli Deo Gloria! In all meinem Sein und Tun gebührt Gott allein die Ehre.

Besten Dank für dieses Gespräch.



Das neue Buch

«Im Herzen ist Raum für mehr. Sehnsucht als Lebenskraft entdecken»
Verlag Francke, 256 Seiten,
ISBN 978-3-96362-141-3; Fr. 19.90
erhältlich über jede Buchhandlung oder direkt bei der Autorin; Neuerscheinung im März 2020

Bisher erschienen (Auswahl):

Blühe dort, wo du gepflanzt bist
einzigartig! Entfalte, was in dir steckt
Juliane von Krüdener. Eine Baronin missioniert Europa
So einzigartig wie ein Schmetterling
Die leisen Weltveränderer (von der Stärke introvertierter Christen)
www.francke-buch.de
www.scm-shop.de

Talon

ABONNEMENT PROBENUMMERN

Ich abonniere den Standpunkt für CHF 30.- (11 Nummern).

GESCHENKABO* für

Vorname und Name

Strasse und Nr.

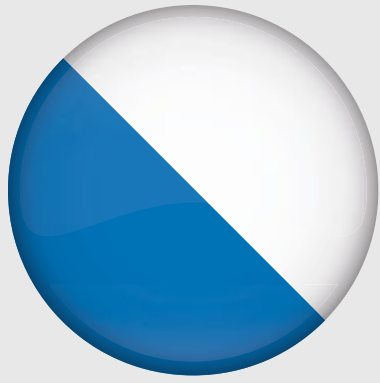
PLZ und Wohnort

E-Mail

Datum

*RECHNUNG an:

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun



KANTON ZÜRICH

Wort des Präsidenten



Hans Egli
EDU-Kantonsrat und Parteipräsident, Steinmaur

Darf man noch eine andere Meinung äussern?

Kürzlich war in einer Zeitung zu lesen: «Nach Vorwürfen hat die Swiss die Zusammenarbeit mit dem Glarner Chocolatier Läderach beendet. Grund dafür sollen Schlagzeilen wie «Der Schoggi-König kämpft gegen Abtreibung und Homosexuelle» sein.» Darf man zur gleichgeschlechtlichen Ehe oder zur Frage, wann das Leben beginnt, noch eine andere Meinung haben als die von den Medien veröffentlichte, ohne denunziert und mit Boykott konfrontiert zu werden? Kann man noch zu seiner Meinung und Ethik stehen, oder soll man besser aufhören, sich für

christliche Werte einzusetzen? Befürchtungen, die im Zusammenhang mit dem Zensurgesetz geäussert wurden, waren bereits vor der Abstimmung bittere Realität. Nur dass mit dem Gesetz neben schädlichen Shitstorms auch noch Anklagen vor Gericht folgen. Die LGBTI-Lobby stellt sich gern als Opfer von Intoleranz und Diskriminierung dar ... sie liefert nun Fakten, die das Gegenteil beweisen.

Die EDU wird sich auch künftig unbeirrt für die Meinungsäusserungsfreiheit einsetzen. ●

Sorgen? Zweifel?



Werden Sie auch ab und zu von Sorgen oder Zweifeln geplagt?

Thomas Steinmann
Präsident EDU Bezirk Affoltern

Kennen Sie Zweifel wie «Was soll das Ganze eigentlich?» oder Sorgen, ob unsere politische Arbeit wirklich Frucht bringt? In letzter Zeit haben mich solche und ähnliche Fragen beschäftigt. Da stiess ich in meinem Arzneischränk auf Philipper 4, Verse 6 und 7. Dort werden wir aufgefordert, uns in jeder Lage mit Bitten und Flehen und voll Dankbarkeit an Gott zu wenden und ihm unsere Anliegen vorzubringen. Das entlastet meist au-

genblicklich, korrigiert die Perspektive und verändert ausweglose Umstände. Denn Gott erhört Gebet. Er ist ein gnädiger Vater und der allmächtige Gott. Immer wieder tröstet er und trägt uns durch jede noch so schwierige Situation. Somit gibt es keinen Grund, die Flügel hängen zu lassen, aber viele Gründe, um zuversichtlich scheinbar Unmögliches anzupacken. ●

Kälber wertvoller als Kinder?

Der gewaltsame Tod von ungeborenen Kälbern wiegt in der Schweiz schwerer als der gewaltsame Tod von ungeborenen Kindern. Auf diese Diskrepanz macht die EDU mit einer Anfrage an den Regierungsrat aufmerksam.



Erich Vontobel
EDU-Kantonsrat, Wolfhausen

Worum es bei dieser Thematik geht, zeigen am besten die Leserbriefe in «saldo» 2/2020 als Reaktion auf den Artikel «Läppische Busse für Bauern» in «saldo» 1/2020.

«Was muss passieren, dass dieses Morden eines ungeborenen Kalbes aufhört», schreibt ein Leser. Dass er sich für ungeborene Kälber einsetzt, ist ja lobenswert, aber man stelle sich vor, er hätte dasselbe geschrieben, einfach statt «Morden eines ungeborenen Kalbes», «Morden von ungeborenen Kindern». Eine Welle der Empörung wäre über ihn hereingebrochen. Men-

schen, die es heute noch wagen, das Töten von ungeborenen Menschenbabys anzuprangern, werden diffamiert, wirtschaftlich boykottiert (Läderach), niedergeschrien und tätlich angegriffen (Marsch fürs Läbe).

Eine Leserbriefschreiberin fordert Fr. 5000.– Busse für das Schlachten einer trächtigen Kuh. Dies, während zur gleichen Zeit das Abtreiben von Menschenbabys straffrei ist. Ein Kalb ist also heutzutage wertvoller als ein Kind! – Um diese Doppelmoral geht es bei unserer Anfrage. ●

Steinmaur und Bubikon, 27. Januar 2020

KR-Nr. 29/2020

ANFRAGE von Hans Egli (EDU, Steinmaur) und Erich Vontobel (EDU, Bubikon)
betreffend Trächtige Kühe schlachten

Grundsätzlich sollten trächtige Kühe aus ethischen Gründen nicht geschlachtet werden. Mit der natürlichen Laufstallhaltung lassen viele Bauern wieder einen Stier in ihrer Herde mitlaufen. Als negative Begleiterscheinung werden auch Kühe, die ausgemerzt werden müssen, vielfach wieder trächtig. Schickt der Bauer eine trächtige Kuh auf die Schlachtbank, wird er gebüsst. Gemäss des Bundesamts für Veterinärwesen, werden jährlich etwa 15'000 trächtige Kühe schweizweit getötet. In etlichen Medien werden die Bauern nun von Tierschutzkreisen als Unmenschen gebrandmarkt und Verbote gefordert.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wird in den Schlachthöfen Zürich und Hinwil eine Statistik über geschlachtete trächtige Kühe erstellt, wenn ja, wie viele trächtige Kühe werden jährlich geschlachtet?
2. Wie viele Kinder werden jährlich in den Spitälern des Kantons Zürich abgetrieben?
3. Ist es aus Sicht des Regierungsrates richtig, dass Bauern für das Schlachten von trächtigen Kühen gebüsst werden, das Abtreiben von Kindern jedoch straffrei ist?

Hans Egli
Erich Vontobel



Mehr Geld für Familien

Kantonale Volksinitiative

Regierungsrat zeigt wenig Herz für Familien

Der Regierungsrat hat die EDU-Volksinitiative «Mehr Geld für Familien» mit der Begründung, das Giesskannenprinzip sei der falsche Weg, abgelehnt. Diese Begründung ist einseitig und zeigt wenig Herz für Familien. Denn Familienzulagen sind gerecht, da sie sich an den effektiven Kinderkosten orientieren und kein Familienmodell benachteiligen.



Heinz Kyburz
Alt-EDU-Kantonsrat und Vizepräsident, Meilen

Eine Erhöhung ist fällig

Nach über zehn Jahren ist eine Erhöhung der Familienzulagen dringend angezeigt, da sich seither die finanziellen Herausforderungen für Familien deutlich verschärft haben, ohne dass die Politik angemessen reagiert hätte. Die Familien leiden insbesondere unter den stetig steigenden Mietzinsen und Krankenkassenprämien, die sich in den letzten zehn Jahren um rund 50 % erhöhten.

Stärkung der ersten Säule

So, wie die AHV die Risiken des Alters schützt, dienen die Familienzulagen als erste Säule zur wirtschaftlichen Existenz und Eigenständigkeit und damit zur Stärkung der Familien. Es ist daher nicht angemessen, von «Giesskannenprinzip» zu sprechen. Die Finanzierung erfolgt durch Beiträge der Arbeitgeber, deren staats-

tragende Funktion dadurch noch weiter unterstrichen wird. Da die Arbeitgeberbeiträge an die Familienausgleichskassen im Kanton Zürich mit 1,2 % sehr tief sind, lässt sich eine Erhöhung des Beitragssatzes um 0,6 % auf 1,8 % gut rechtfertigen.

Der Kanton Zürich soll familienfreundlich werden

Die Familienzulagen im Kanton Zürich entsprechen bisher weitgehend den Minimalvorgaben des Bundes. Mit der Annahme der Volksinitiative durch das Stimmvolk soll der Kanton Zürich zur Gruppe der familienfreundlichen Kantone Zug, Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura stossen, in denen Kinderzulagen zwischen Fr. 220.— und Fr. 400.— und Ausbildungszulagen zwischen Fr. 300.— und Fr. 525.— gewährt werden. Der Kantonsrat hat nun etwa ein Jahr Zeit, um sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Im Herbst 2021 findet die Volksabstimmung statt. ●

Parteitag

Ihre Einladung liegt diesem Standpunkt bei

**FREITAG 13.3. | 20.00 UHR
MIT EDU-NATIONALRAT
ANDREAS GAFNER**



CEVI-Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich

«WEISE MIR, HERR, DEINEN WEG, DASS ICH WANDLE
IN DEINER WAHRHEIT.» PSALM 86,11

Die EDU gratuliert den Parteimitgliedern, die im März 2020
einen runden Geburtstag feiern, ganz herzlich.

**Urs Schwarz, Dielsdorf · Ugo Bertona, Birmensdorf
Peter Hegetschweiler, Feldbach · Michael Vonrüti, Turbenthal
Alexander Trachsel, Samstagern · Andrin Kappeler, Hochfelden
Annemarie Isler, Lindau · Doris Baumann, Hinwil
Lydia Morf, Birchwil · Irene Van Haaften, Rüti
Viviane Breu, Winterthur**

Agenda

Gebet für Volk und Regierung

Bülach: jeweils am 2. und 4. Montag
des Monats um 20 Uhr:
9. und 23. März sowie 27. April
Gemeinde für Christus (GfC), UG,
Schaffhauserstr. 4, 8180 Bülach
Info: Marianne Wäfler, 044 856 01 93

Gossau: jeden Mittwoch, 19.30 Uhr
(auch andere Abende möglich, ausser
Montag) Im Zentrum 12, 8625 Gossau
Info: Sven u. Erika Schelling, 043 928 01 57

Männedorf: jeweils am Mittwoch von
9–10 Uhr in den geraden Kalender-
wochen:
4. und 18. März sowie 1., 15. und 29. April
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

Richterswil: jeweils am 2. Freitag
des Monats um 20 Uhr:
13. März, 8. Mai
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil
Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23

Rüti: jeweils am 1. Montag des Monats
um 20 Uhr: 2. März, 6. April, 4. Mai
ETG (Evangelische Täufergemeinde)
Rüti, Weinbergstrasse 22, 8630 Rüti
Interessiert? Mail-Adresse an:
sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch
Info: Albin Müller, 078 773 61 63

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des
Monats von 18.30–19 Uhr:
11. März, 8. April, 13. Mai, 10. Juni
Raum der Stille, Cevi-Zentrum
Glockenhof, Sihlstr. 33, Zürich
Info: Achim Witzig, 044 322 61 46

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

Sekretariat EDU Kanton Zürich
Bürglistrasse 31, Postfach 248
8408 Winterthur
052 222 42 61, info@edu-zh.ch

Spendenkonto
IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6
Postkonto: 80-37173-6

Redaktion Daniel Suter, Nadine Dubs
Gestaltung Lukas Frey

Ja, ich werde Mitglied

«Die EDU Kanton Zürich ist eine politische Partei. Im Rahmen der Bundesverfassung
setzt sie sich für eine staatliche Ordnung nach biblischen Wertmassstäben ein.

Sie lässt sich von folgenden Prinzipien leiten:

- Denken, Reden und Handeln im Glauben an Jesus Christus und
im Vertrauen auf die Bibel als Gottes Wort,
- wahrheitsgetreue, nicht kommerziell orientierte Information.
- Das Parteiprogramm der EDU Schweiz bildet die Grundlage
der politischen Tätigkeiten der EDU Kanton Zürich.»

Artikel 2 der Statuten der EDU Kanton Zürich | Statuen: www.edu-zh.ch/statuten

Ich erkläre den Beitritt zur EDU und anerkenne deren Statuten und Grundsätze.

Aufnahme durch den zuständigen Vorstand vorbehalten

Name: _____ Vorname: _____

Bürgerort: _____ Geburtsdatum: _____

Strasse, Nr. _____

PLZ, Wohnort: _____

Tel. privat, mobile _____

E-Mail: _____

Zivilstand: _____ Beruf: _____

Kirchliche Zugehörigkeit: _____

Frühere Partei: _____ Sind Sie noch Mitglied? _____

Jahresbeitrag für Einzelmitgliedschaft 70 Franken, für Ehepaare 100 Franken

Senden an: EDU Kanton Zürich, Postfach 248, 8408 Winterthur oder: info@edu-zh.ch



Ein bedenkliches Gesinnungsurteil

Justitia scheint immer mehr nach Person und Absicht zu schielen, wie das sogenannte «CS-Urteil» vermuten lässt.

Im Januar wurden im Waadtland Klimaaktivisten trotz unbestrittenem Vorwurf des Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen Polizeianordnungen freigesprochen. Das Urteil eines bürgerlichen Richters könnte zu weiteren Tabubrüchen ermuntern – auf beiden Seiten.



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Gemäss diesem Urteil darf man gewisse Strafnormen verletzen, wenn die Täter dabei «höherwertige» Interessen – vom Einzelrichter «rechtfertigender Notstand» genannt – vertreten.

Im November 2018 hatten zwölf Klimaaktivisten eine Niederlassung der Credit-Suisse während eineinhalb Stunden mit der Begründung besetzt, dass die Bank in klimaschädliche Projekte investiere. Verschiedene Strafrechtsexperten äusserten dazu in den Medien ihr Unverständnis. Die Waadtländer Staatsanwaltschaft hat unterdessen das Urteil an das kantonale Berufungsgericht überwiesen.

Vielleicht angespornt durch den Freispruch, wurde bald darauf die UBS in Lausanne Opfer einer Störaktion. Die Angestellten dort verzichteten auf eine Anklage und bemühten sich um einen friedlichen Austausch von Argumenten und Sichtweisen.

Rechtsstaat wird gefährdet

Es gäbe für viele mehr und weniger vernünftige Menschen die unterschiedlichsten Beweggründe, mit aufsehenerregenden Aktionen Gesetze zu brechen, um mit möglichst viel Publizität Druck zu machen. Zum Beispiel extreme Tierschützer, welche am liebsten die Nutztierhaltung und jeglichen Fleischkonsum verbieten möchten: «Nur Tiere dürfen andere Tiere töten, um sie zu essen.»

Die Frage stellt sich, wann eine Situation es rechtfertigt, ein Gesetz bewusst zu übertreten.

Dann müsste man jedenfalls in Kauf nehmen, dass man sich strafbar macht, und die Konsequenzen tragen. Wenn jedoch je nach persönlicher Überzeugung für die gleichen Taten unterschiedlich Recht gesprochen wird, wird Gesinnungspolitik betrieben. Die Bürger werden nicht mehr gleichbehandelt. Damit werden Rechtsunsicherheit, Chaos bis hin zur Anarchie Tür und Tor geöffnet.

Entwicklungen erkennen und stoppen

Vermehrt treten Menschengruppen in Erscheinung, welche für sich das Recht beanspruchen, andere in deren Freiheiten, Rechten und Meinungen zu beschneiden. Sie wollen bevormundend ihre Sichtweise als allgemeingültig und unanfechtbar für alle durchsetzen und dulden keinen Widerspruch. Diskussionen, einen freien Austausch von Argumenten und Ideen empfinden sie als unnötig und unterdrücken diese bewusst. Ihre übergeordneten Ziele scheinen dies in ihren Augen zu rechtfertigen. Nicht wenige wollen damit die Welt retten.

Ich bin überzeugt: Christen sind ebenfalls gefordert, mutig zu ihren Überzeugungen zu stehen. Aber gleichzeitig können und sollen wir mit Gottes Hilfe einen Unterschied machen, indem wir wertschätzend auf andere Meinungen reagieren und Menschen mit anderen Überzeugungen respektieren. ●

Die Unruhen in Nahost nehmen wieder zu

Die Krisenherde im Nahen Osten lassen aufhorchen, ebenso die an vielen Fronten aktiven Söldner, Fanatiker und Befreiungskämpfer. Doch auch die Grossmächte mischen kräftig mit.



Hans Moser,
Präsident EDU Schweiz

Kaum präsentieren die USA und Israel einen möglichen Friedensplan, wird aus dem Gaza-Streifen und der Westbank harte Kritiken laut. Die entsprechenden Wortführer sind kaum zu einem Kompromiss bereit, beide wollen alles, keiner anerkennt den andern. Die Türkei verhält sich verdeckt, und Russland heizt den Konflikt im Verborgenen an.

Erdogan – künftiger Kosmopolit?

Hin und wieder werden auch Attacken unter den Regierungen offenbar. Zum Beispiel wählte der türkische Präsident Erdogan bei seinem Staatsbesuch in Kiew eine besondere Grussformel. Er begrüsst vor dem Präsidentenpalast die Ehrengarde des ukrainischen Staatsschefs Wolodymyr Selenskyj mit dem Ruf: «Ruhm der Ukraine!» «Ruhm den Helden!», schrien die Soldaten zurück. Der Schulterschluss mit Selenskyj ist eine Botschaft an Putin. Andererseits liefert Russland dem Nato-Mitglied Türkei sein Hightech-Luftverteidigungssystem vom Typ S-400 – gegen alle Widerstände aus Washington. Der russische Nukleartechnologie-Konzern Rosatom baut in Akkuyu das erste Kernkraftwerk der Türkei. Erdogan und Putin haben vor wenigen Wochen

eine neue Pipeline eröffnet, die den Energiehunger der Türkei stillen soll. Dennoch bleiben die Beziehungen der beiden Länder sehr fragil. Ein Zusammenstoss türkischer Militärs mit den von Putin unterstützten Truppen des syrischen Diktators Baschar al-Assad ist der Auslöser. Die Provinz Idlib, die Damaskus unter seine Kontrolle bringen will, ist sehr umstritten. Ankara hat dort Beobachtungsposten errichtet und unterstützt die Rebellen, die gegen Assad kämpfen. Die beschlossene Waffenruhe ist sehr brüchig. Assads schiitische Kämpfer preschen vor; Konfrontationen mit türkischen Militärs waren bisher selten.

Putin, Israel und die Krim

Vordergründig gelang Putin bei seinem letzten Staatsbesuch eine gute PR-Aktion. Beim genaueren Hinschauen müssen aber tiefe Gräben festgestellt werden. «Israel verkauft die Erinnerung an den Holocaust an die Interessen fremder Nationen», schrieb die Zeitung «Haaretz». Im Fokus der Kritik steht Putin. Er konstruiert unwidersprochen seine eigene Wahrheit. Es sei wahr, dass die Sowjetunion das KZ Auschwitz vor 75 Jahren befreit habe. Aber die Sowjetunion habe auch einen Pakt mit Nazi-Deutschland unterzeichnet, der den Weg zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sechs Jahre zuvor ebnete – «eines Krieges, in dem ein Resultat Auschwitz war», kommentierte «Haaretz».

Ungeachtet des weltweiten Widerstands hat Präsident Wladimir Putin die Einverleibung der Krim in Russland forciert. Die Öffnung einer milliardenschweren Megabrücke für den Bahnverkehr ist der jüngste Schritt, mit dem er die Ukraine vor vollendete Tatsachen stellt. Dies, obwohl diese Annexion für die Ukraine, die EU und die USA einen Bruch des Völkerrechts darstellt. Der Kreml hingegen sieht die Einverleibung der Schwarzmeer-Halbinsel schlicht als «Heimholung» an. Diese Entwicklung schreitet stetig voran. Sie dürfte mit den über die Brücke rollenden Zügen in Zukunft noch beschleunigt werden. ●



Der Nahe Osten kommt in naher Zukunft wohl kaum zur Ruhe.

klipp & klar

Thomas Feuz

Das grösste Parlament der Welt

...haben nicht die USA oder Russland und schon gar nicht die Vorzeigedemokratie Schweiz, sondern Deutschland. 508 Sitze umfasst der Deutsche Bundestag. Aktuell sind's ganze 780 – infolge der sogenannten «Überhangsmandate».



US-Präsident klar «Pro Life»

Nie zuvor hat ein US-Präsident an einem «Marsch fürs Leben» teilgenommen. Donald Trump sorgte damit am 24. Januar einmal mehr für Irritation. «Pro Life» statt «Pro Choice»: Klares Statement für das Leben und gegen Abtreibung – oder vorgezogener Wahlkampf? Die Meinungen sind geteilt. Letztes Jahr nahm der (evangelikale) Vizepräsident Mike Pence teil.

Holocaust - neue Ausstellung

6 Millionen Juden wurden von Nazi-Deutschland offiziell ermordet, davon 1,5 Millionen Kinder. An ihr Schicksal wollen die «Christlichen Freunde Yad Vashems» erinnern. Sie starteten am Holocaustgedenktag vom 27. Januar eine Kampagne zur Unterstützung der neuen Ausstellung «Familien und Kinder» auf dem sogenannten Berg der Erinnerung. «Die Ausstellung wird die herzerreissenden Geschichten der Kinder zeigen», heisst es in einer Medienmitteilung.



«... auch politisch kompetent»

Gottfried Locher, Präsident der EKS (Evangelische Kirche Schweiz, vgl. Ausgabe 2/20), hat nun uneingeschränkten Zugang ins Bundeshaus. Er erhielt den begehrten Lobbyisten-Badge von CVP-Präsident Gerhard Pfister. «Kirche soll sich einmischen», gibt sich Pfister überzeugt. Erste grössere politische Aktion der EKS ist das Engagement für «Ehe für alle».

Brexit / «Bentry»

Grossbritannien ist raus, die westlichen Balkanstaaten sind bald drin: So der Grundtenor von «Welt online» (5.2.). Für den Beitritt von Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Albanien, Kosovo und Mazedonien («Bentry» = Balkan Entry) soll zunächst der Beitrittsprozess verändert werden. Die 33 Verhandlungskapitel können erst «nach zufriedenstellender Reform des Rechtsstaats» abgeschlossen werden.





«Die Hasseher und die Paradiesler»

Robert C. Franz,
Gastautor



Es war einmal ein Land, in dem lebte ein Volk. Ein Volk, durch welches ein tiefer Graben verlief. Diesen konnten aber nur die Hasseher sehen, denn für die restlichen

Bürger herrschte grosser Friede. Sie nannten sich deshalb Paradiesler. Die Politiker in diesem Land bekämpften sich energisch. Es schien, als wäre die Debatte von gefährlichen Argumenten der Paradiesler erfüllt. Denn die Paradiesler waren sehr auf Logik bedacht. Das Paradies, wie die Paradiesler ihr Land nannten, war keine Frage von dem, was die Menschen miteinander machten und wie sie miteinander redeten, sondern jeder konnte in sich selbst das Paradies kultivieren. Da die Paradiesler einen so grossen Frieden in sich haben, lebten ihre Gegner, die Hasseher, in grosser Angst. Für sie war klar: Die Paradiesler sind gefährliche und hinterhältige Menschen, die böse Worte in die Welt werfen. Deshalb führten die Hasseher Krieg gegen die Paradiesler. Dieser Krieg wurde mit allen Mitteln geführt. Auch aus dem Grund, weil die Paradiesler logische Argumente brauchten und darauf hinwiesen, dass gewisse Dinge nicht möglich sind. So war es laut den Paradieslern ohne massives Umdenken nicht möglich, ein Land ohne Kernkraftwerke mit Energie zu versorgen. Sie waren der Meinung, dass es bei all den Dingen, die man tut und tun kann, am Ende doch immer ein Restrisiko gibt. Die Hasseher sahen in diesem «Restrisiko»

wieder eine perfide Taktik der Paradiesler. Die Hasseher wollten ohne ein Risiko leben. Ein Restrisiko gab es für sie deshalb schon gar nicht. Wieso mussten nur die Paradiesler so blödsinnig darauf beharren, dass es bei allem ein Restrisiko gibt?

Die Hasseher machten viel Lärm und schafften es, die Paradiesler mundtot zu machen. Doch aus irgendwelchen Gründen gab es immer wieder neue Paradiesler. Für die Hasseher war dies ein Grund, noch lauter und schneller die Kriegstrommeln gegen die Paradiesler zu rühren. Und die Moral von der Geschichte? Eine Freundschaft lebt vom freien (auch kritischem) Wort. Hass sieht man, weil man nicht vergibt. ●

➔ Diese Glosse entstand im Zusammenhang mit der Ausweitung der Antirassismus-Strafnorm. Der Autor ist u.a. Verfasser der beiden Bücher «Friedensethik» und «Gnade und Werk»; er sucht zurzeit einen neuen Verlag. www.friedensethik.ch.



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.



Auch die Wirtschaft ist einem ständigen Wandel unterzogen. Die Folgen dürften zu schaffen machen.

Den meisten geht es gut – wie lange noch?

Die Schweiz geniesst ein hohes politisches und wirtschaftliches Ansehen. Auch wirtschaftlich geht es uns zumeist sehr gut. Verschiedene Faktoren weisen darauf hin, dass wir über unsere Verhältnisse leben.



Arthur Gasser, a. Mitglied Gemeinderat Dübendorf

Es herrscht immer noch Vollbeschäftigung, inklusive guter Löhne und Sozialleistungen. Manche Unternehmen leiden jedoch unter einer Ertragsschwäche und erreichen ihre bisher erzielten Gewinne nicht mehr. Laufende Rationalisierungsmassnahmen führen zu einem stetigen Arbeitsplatzabbau. Im Wirtschafts- und Sozialsystem gibt es Schwachstellen, die uns künftig Sorgen bereiten können.

Alter, Gesundheit, Verkehr

Die gesamte Altersvorsorge ist in Schieflage. An und für sich ist es erfreulich, dass die Rentenbezüger immer älter werden. Dies und die Tatsache, dass in den kommenden Jahren vermehrt geburtenstarke Jahrgänge das Rentenalter erreichen, bringt die AHV in Schieflage. Bis 2030 wird eine Finanzierungslücke von 26 Milliarden Franken entstehen – trotz der 20 Milliarden, die dank der angenommenen STAF-Vorlage ins AHV-System einfliessen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Die berufliche Vorsorge leidet unter den gleichen Problemen wie die AHV. Der Kostenschub und die eingebrochenen Erträge bei den langfristigen Anlagemöglichkeiten führen auch hier per Saldo zu einer grossen Finanzierungslücke. Die Kostenzunahme im Gesundheitswesen ist auch auf ein Mengenwachstum zurückzuführen,

welches sich medizinisch kaum begründen lässt. Basierend auf einem Bruttoinlandprodukt von 650 Milliarden betragen die Gesundheitskosten pro Jahr 80 Milliarden oder rund 12 % des BIP.

Die Kosten für private und öffentliche Verkehrsmittel belasten die Einwohner je nach Länge des Arbeitsweges enorm. Andererseits profitiert unsere Volkswirtschaft im hohen Masse vom Auto. Auch Schweizer Zulieferer werden betroffen sein, wenn die Umsätze der angestammten Autohersteller infolge Umstellung auf nicht CO₂-verursachende, elektrisch betriebene Fahrzeuge zusammenbrechen. Zudem werden Einnahmen aus den Treibstoffsteuern stark zurückgehen; diese müssten anderweitig ersetzt werden.

Fazit

Die Schweiz wird in den kommenden Jahrzehnten mit hohen zusätzlichen Kosten und sinkenden Einnahmen konfrontiert werden. Auch ist nicht auszuschliessen, dass unsere hohen Wertschriften- und Immobilienvermögen nicht mehr das sind, was sie einst waren. Wenn die anstehenden Probleme nicht gelöst werden, geht die sprichwörtliche Prosperität unserem Land beziehungsweise unseren Nachkommen verloren. ●

Gott sei Dank!

Es ist faszinierend und ermutigend zu sehen, wie Gott auf Menschen eingeht. Er, der Allmächtige, sehnt sich nach Gemeinschaft mit uns. Dass er Gebet erhört, erfüllt mein Herz mit Dankbarkeit.

Simon Füllemann,
Mitglied GL EDU Schweiz



«Sagt allezeit Gott, dem Vater, Dank für alles, in dem Namen unseres Herrn Jesus Christus» (Epheser 5,20). Auch wenn nicht immer alles genauso herauskommt, wie wir uns das erbeten haben, so wissen wir, dass es Gott gut mit uns meint. Er steht uns bei und steht zu uns, unabhängig der jeweiligen Umstände.

Die Abstimmung über die Erweiterung der Rassismus-Strafnorm haben wir zwar verloren, doch hatten wir als EDU wohl kaum jemals eine so hohe Medienpräsenz. Dafür sind wir dankbar. Wir möchten diesen Schwung für die nun anstehenden Aufgaben aufnehmen, etwa Kantonsrats- und Gemeindevahlen, die Gewinnung von neuen Mitgliedern und «Standpunkt»-Lesern und das Sammeln von Unterschriften für die Pflegefinanzierungs-Initiative. Eine breitere Basis von aktiven Mitgliedern und Sympathisanten verstärkt unser Gehör und Gewicht in der Gesellschaft.

Zuversichtlich für Kommendes

Besonders dankbar sind wir, dass wir nebst den Kandidaten fürs Präsidium und Vizepräsidium auch eine Person fürs Kassieramt gefunden haben. Wir beten für das Gelingen der Mitgliederversammlung vom 4. April und dass die neu zusammengesetzte Geschäftsleitung zusammenwächst, in Einheit und mit einer klaren Vision kommende Herausforderungen tatkräftig in Angriff nimmt.

Dank einem «starken» Dezember und Januar gibt es auch von den Finanzen Erfreuliches zu berichten. Hält dieser Trend an, sind wir zuversichtlich, dass wir auch dieses Jahr finanziell meistern werden.

Vielen Dank für jede Unterstützung, sei es im Gebet, mit Finanzen oder praktischer Mitarbeit! Und ein herzliches Vergelt's Gott für jede Art der Unterstützung! ●

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

«Im Clinch mit dem Zeitgeist»

Am 23. Mai lädt die EDU Schweiz zum diesjährigen Seminar nach Olten ein. Das Thema ist hochaktuell. Nebst Fachreferaten warten Erfahrungsberichte, Podiumsdiskussion sowie zwei Inputs auf interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Thomas Feuz,
Mitglied GL EDU Schweiz



Das Thema dürfte aktive Mitglieder wie Interessierte gleichermaßen ansprechen. Einige Leckerbissen: Input des neuen EDU-Nationalrats Andy Gafner («Hochspannung im Parlament»), Pro- bzw. Kontrareferate zu den Themenkreisen «Ehe für alle» und «Elektromagnetische Strahlung», Erfahrungsbericht einer betroffenen Person zu «Medizinisches Cannabis». Nach dem Podiumsgespräch zum Tagungsthema und zwischen den Referaten bleibt Zeit für Rückfragen und Diskussionen («Open Mic»). Unter dem Aspekt «Die EDU bleibt gefragt! Wie antworten wir?» wagen der neue EDU-Präsident und der neue Vize einen Blick in die nähere Zukunft.

Anmelden - teilnehmen!

Die Teilnehmerzahl ist nicht beschränkt. Trotzdem ist eine möglichst baldige Anmeldung empfehlenswert (info@edu-schweiz.ch, 033 222 36 37). Die Seminargebühr von 20 Franken wird mit einer Kollekte erhoben. Wir freuen uns, Sie in Olten zu begrüßen. ●

Elezioni comunali del 5 aprile



È scaduto il termine per presentare le candidature alle elezioni comunali e UDF Ticino sarà della partita in diversi comuni. In alcuni comuni corriamo su liste Lega-UDC-UDF o UDC-UDF, in altri su liste civiche.

Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino, deputato in Gran Consiglio

Quali sono le nostre aspettative?

Nella legislatura in corso solo Carlo Franchini, Municipale e Lamone e Lorena Pastor, Consigliera comunale a Magliaso rappresentavano l'UDF nei consessi comunali. Questa volta presentiamo candidati validi e desiderosi di impegnarsi per la comunità; inoltre UDF Ticino, con l'elezione del sottoscritto in Gran Consiglio, è più ora conosciuta. Per questi motivi sono convinto che abbiamo buone possibilità di elezione in tutti i Comuni. Ringrazio di cuore tutte le

persone che hanno accettato di candidarsi e invito tutti voi lettori a sostenere e far votare i rappresentanti di UDF Ticino nei rispettivi comuni. Un cordiale saluto!

Ecco l'elenco completo dei Comuni, delle liste e dei candidati di UDF Ticino.

Comune	Lista	Municipio	Consiglio comunale
Bellinzona	Lega-UDC-UDF-Indipendenti		Barbara Bernasconi
Caslano	Gruppo Lega UDC UDF Caslano		Mario Bosnjak Paola Eicher
Castel San Pietro	Per Castello	Francesca Vivian Salatino	Francesca Vivian Salatino
Gravesano	Uniti per Gravesano		Manuele Albergati
Lamone	Gruppo civico Lamone	Carlo Franchini	
Magliaso	Lega - UDC - RinnoviAmo Magliaso	Gabriel Pastor	Gabriel Pastor Nicoletta Pastor
Massagno	UDC e UDF Massagno	Fabio Zucal	Fabio Zucal
Mendrisio	Lega-UDC-UDF-Indipendenti	Roberto Pellegrini	Roberto Pellegrini
Vacallo	Lega-UDC-UDF-Indipendenti	Edo Pellegrini	Edo Pellegrini

Umfrage: Warum wollen Sie Verantwortung übernehmen?

«... weil zu den Worten die Handlung gehört»



«Christ sein ohne Verantwortungsbewusstsein ist für mich undenkbar. Ich finde es problematisch, dass viele Kirchengemeinden und Gemeindeglieder zu wenig oder noch nicht verstanden haben, dass Christ sein auch eine gesellschaftliche Verantwortung miteinschliesst. Die Position, Christen sollten keine Politik machen, ist kaum vertretbar, da Jesus stets ins Zentrum gestellt hat, das gesprochene Wort in die Tat umzusetzen. Er sagte nie, man solle sich auf das Gebet reduzieren. Gebet geht der Handlung voraus, die aus dem Geist Gottes gewirkt werden darf. Christ sein ist eine ganzheitliche Lebensaufgabe und schliesst den persönlichen Alltag wie auch die Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur mit ein. Allzu oft wird Glaubensleben abstrakt, losgekoppelt von einem lebendigen

Wirken praktiziert. Die massvolle Verwaltung der Schöpfung wurde dem Menschen schon in der Genesis anvertraut. Die Verantwortung für den Nächsten wie für sich selbst steht nach dem ersten Gebot, «sich der Führung Gottes unterzuordnen», an nächster Stelle (Matth. 22,34-40). Jedes gesellschaftliche System, jede Nation ist an eine politische Ordnung gebunden. So fügen sich christliche Verantwortung und gesellschaftlich-politische sinn gemäss zusammen.»

Judith Vera Bützberger (57), ledig; Musikerin, Musikpädagogin; engagiert im Kulturbereich, in Erwachsenenbildung und Publizistik, Basel

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN IMMOBILIEN

Einseitig angebautes EFH in Wollishofen (437 m.ü.M., 530 m², Gebäudehöhe 8,5 m). DG: 2-Zi. (23 m²), EG: 4 Räume (72 m²), UG: 5 Räume (72 m²). VP CHF 1,68 Mio. Die 1956 erbaute Wohnsiedlung mit charakteristischer u. dazumal neuer Bauweise zählt zu den «Guten Bauten». Das Liehaberobjekt verfügt über grünen Umschwung (250 m² von GF 335 m²). Ohne Estrich, PP od. Garagen. In 10 Gehminuten erreichbar: Schulen, Kindergarten, Einkaufen, Öffentlicher Verkehr, Fitness, Behörde sowie unmittelbar See u. Natur. K: Mandatsträger: Roman Fröhlich, 078 679 47 81, info@froehlich-beratungen.ch

VERKAUFEN

Günstig abzugeben: Kunststoffgartenzaun: Weiss, neuwertig, 20 Meter. K: 031 781 02 29

VERMIETEN

2½-Zi. Wohnung, 1. Stock, in Zweifamilienhaus in Steffisburg, auf den 1. Mai 2020 oder nach Vereinbarung. Mit Gartensitzplatz, ohne Balkon. MZ CHF 880.-/Mt. inkl. NK. K: 033 437 76 49, 079 466 98 00

3-Zi.-Wohnung in MFH an ruhiger Lage in Arbon (ca. 63 m²) mit 2x6 Wohnungen auf 3 Etagen, südseitig ausgerichtet mit Balkon (3. Stock), mit gut ausgestatteter moderner Küche, erneuertem Badezimmer mit Fenster, Zimmer und Eingangsbereich mit hellem Laminat. CHF 1000.-/Mt. (inkl. NK CHF 170.-). K: 079 512 07 16

Adelboden: 4-Zi.-FeWo, zentral, mit Balkon, NR, keine Haustiere, 2-5 Pers. Optimal für Familien, Pensionierte, aktive Leute. Wandern, Klettern und Geniessen. Frühling, Sommer, Herbst noch freie Wochen. <https://www.facebook.com/4Zi.Ferienwohnung>. K: 078 691 11 31, ski-nest@mail.ch

Gepflegte 2½-Zi.-Einlieger-Whg. sucht neue Mieterin (NR). Nordseitig am Höhenweg mit Aussicht auf Herisau-Zentrum. Mit eigenem Sitzplatz und sportlichem Zugang zur Whg. (> 100 Aussentreppen). Besonderes: Ökologisches Mitdenken, ohne Estrich + Keller, geeignet für EP od. Atelier, evtl. Einbau einer Holzfeuerung. MZ 980.- (o. NK, o. PP). K: U. + R. Fröhlich, 078 679 47 81, info@froehlich-beratungen.ch

3-Zi.-Whg. in Bauernhof Stöckli, heimelige, renovierte Parterre-Whg. in ruhiger schöner Lage auf dem Land, 7

Autominuten von Burgdorf entfernt, gute Zufahrt, Abstellplatz für 2 Autos, mit Garten u. Terrasse. Zentralheizung mit Öl. MZ CHF 1100.-, NK ca. CHF 150.-. K: 034 422 03 89, m.fankhauser@livenet.ch

SUCHEN

Kann mir jemand **Wasserkefir-körner** und/oder Tibetischen Milchpilz abgeben? K: 079 544 09 88, 043 299 02 11

VERSCHENKEN

Wollen Sie im Glauben wachsen? Dann sollten Sie die Broschüre (A5/12 Seiten) von **General Georg von Viebahn** lesen, die schon manchen Gläubigen geholfen hat! Gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE; SMS u. Tel.: 079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch

VERSCHIEDENES

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 1. Montag im Monat, 18.30 Uhr, Fam. Eipe, Kreuzweg 17: EDU-Gebet. Parkmöglichkeit im Parkhaus Trafo.

Biel: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19h, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Heiden: jeden 1. Dienstag im Monat, 14.30h, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen, 9-10h, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

7.3. Wil: 9.30 Uhr, Restaurant Rebstock, Toggenburgerstrasse 54: MV der EDU Kanton St. Gallen. 11 Uhr: öffentlicher Vortrag von a. NR Christian Waber.

9./23.3. Bülach: 20 Uhr, Gemeinde für Christus, Schaffhauserstrasse 4: Gebet der EDU Zürcher Unterland. K: 044 865 20 32, 044 856 01 93

15.3. Herisau: 17 Uhr, Pflingstgemeinde, Rosenastrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

Di. 7.4. Schaffhausen: 20 Uhr, Rest. Nuevo Sombrero, Rheingoldstrasse 14, Neuhausen am Rheinfall: MV der EDU Schaffhausen. K: www.edu-sh.ch

9.5. Schaffhausen: Parteitag der EDU Schaffhausen. Statutarischer Teil im Rest. Metropol in Neuhausen. Weitere Infos folgen. K: www.edu-sh.ch

Christliche Anlässe

Seminarcenter Treffpunkt

8.3. 20 Uhr, Etzelstrasse 5, Uznach: Multimedia-Präsentation «Die grüne Welle – kritisch hinterfragt» mit Dr. theol. Roger Liebi

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

9.-13.3. Weiterbildung: Evangelistische Arbeit unter Kindern, mit Daniel von Reitzenstein K: 033 841 80 00, www.gaestehaus.ch

Ländli Oberägeri

13.-15.3. Seminar «Trotz scheitern – weiterleben und glauben lernen»
27.-29.3. Männer-WE mit Cliff Canipe und Männerforum Schweiz K: 041 754 91 11, www.zentrum-laendli.ch

Vereinigung Pro Israel

Vortragstournee mit Joel Goldberg, Direktor des Jugendwerks Netivah, Israel: «Gottes Fürsorge und Liebe für Israel». Mit musikalischer Umrahmung.

16.3. 20 Uhr, Herisau, Casino, Poststrasse 9

17.3. 20 Uhr, Chur, Focus C, FEG, Calandastrasse 38

18.3. 20 Uhr, Wettingen, Chrüzpunkt FEG, Landstrasse 170

19.3. 20 Uhr, Lyss, Hotel Weisses Kreuz, Marktplatz 15

20.3. 20 Uhr, Wetzikon, FEG, Langfurrenstrasse 2

21.3. 20 Uhr, Zofingen, Stadtsaal, Weiherstrasse 2

22.3. 13.30 Uhr, Weinfeld, Hotel Thurgauerhof

22.3. 20 Uhr, Winterthur, Zentrum Arche

23.3. 20 Uhr, Spiez, Lötschbergzentrum, Thunstrasse 2

24.3. 20 Uhr, Basel, Thomaskirche, Hegenheimerstrasse 229

25.3. 20 Uhr, Wichtrach, Christliches Zentrum Thalgut

Christliches Zentrum Silbern

19.3./16.4. 19.30 Uhr, Christliches Zentrum Silbern, Riedstrasse 3, Dietikon: Israel-Gebet K: 044 366 65 55, info@silbern.church

FEG Schweiz

20.-22.3. Thayngen (SH): Ehevorbereitungs-WE «Get Ready and Start». Gönnst euch dieses gemeinsame Wochenende mit viel Zeit füreinander und praxisnaher Inspiration – damit eure Liebe kraftvoll wachsen kann! K: <http://www.feg.ch/ehfamilie>

Bibelkreis Region Bern

28.3./18.4. 1 x monatlich, samstags 10 bis max. 12 Uhr, EMK, Raum Bürgle, 2. Stock, Nägelgasse 4, Bern: Kontext und Symbolkraft der Bibel erfahren – «Komm, höre, frage, ergänze!». Kirchenorganisation unabhängig christliches Organ. K: 026 496 44 61

Gemeinde für Christus

1.-3.5. Schwungvoll leben – Impulse aus der Bibel und schwingvolle Einheiten auf dem Minitrampolin
4.-10.5. Entdeckungsreise in der Bibel – Daniels Treue und Kompromisslosigkeit

K: Seminar- und Freizeithaus Wydibühl, Wydibühlstrasse 24, Herbligen BE; 031 770 71 71, freizeithaus.gfc.ch

Hotel Credo Wilderswil

29.5.-1.6. Pfingst-Freizeit
29.5.-1.6. Mountainbike-Freizeit K: 033 822 32 06, www.credo.ch

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Der «Standpunkt» 4/2020 wird am 23. März 2020 versandt.

Redaktionsschluss:

6. März 2020

Druck: 19. März 2020

Stimmt Ihre Adresse noch?

Bitte helfen Sie Kosten sparen und teilen Sie uns Änderungen rechtzeitig mit: Telefon 033 222 36 37 mutationen@edu-schweiz.ch

Danke!

Marktplatz-Tarife

Verkaufen/Suchen	CHF 20
Verkaufen/Suchen von Immobilien	CHF 80
Vermieten	CHF 50
Verschenken	gratis
Offene Stellen	CHF 50
Stellensuche	CHF 50
Partnersuche	CHF 50
Verschiedenes	CHF 50

Marktplatz-Inserat senden an:

EDU-Standpunkt
Redaktion «Marktplatz»
Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail an marktplatz@edu-schweiz.ch

Impressum

HERAUSGEBER/REDAKTION

EDU-Standpunkt
Postfach 43
3602 Thun

ADMINISTRATION UND ADRESSMUTATIONEN

033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

ANZEIGENVERKAUF

(Inserate, ohne Marktplatz)
031 818 01 46
inserate@edu-schweiz.ch

MARKTPLATZ (SEITE 18)

033 222 37 06
marktplatz@edu-schweiz.ch

REDAKTION

033 222 37 07
redaktion@edu-schweiz.ch

ABONNEMENT

CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5 % MwSt)

REDAKTION

Thomas Feuz (Leitung)
Arthur Gasser
Roland Haldimann
Lisa Leisi
Hans Moser
Markus Reichenbach
Daniel Suter

Schreibende geben ihre
persönliche Ansicht wieder.

KONZEPT/GESTALTUNG

Basel West Unternehmenskommunikation AG

LAYOUT

Harold Salzmann

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Titelseite: iStock.com
3, 5: Harold Salzmann
6, 12, 14: shutterstock.com
7: © Parlamentsdienste
11, 13, 15, 16: pixabay.com
13 (2. Bild): www.marschfuerslaebe.ch
Kopfbilder sowie 2, 8, 9, 10, 19: zvg

39. Jahrgang; erscheint monatlich
11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
Auflage: 22.500 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
www.edu-schweiz.ch

PROBENUMMERN (gratis)

info@edu-schweiz.ch
033 222 36 37

JAHRESABONNEMENT

CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5 % MwSt.)

Leben als «gemeinsames Fest»

soloundco.net verbindet Alleinleber und Gemeinschaftsmenschen zu einem lebendigen Netzwerk. Am 7. März stellt der CVJM seine grosse Single-Studie vor.

Thomas Feuz

Solo&Co sucht nach innovativen Formen, um Leben zu teilen. Dieses soll nicht «einsamer Kampf bleiben», sondern zum gemeinsamen Fest werden. Die Redaktion hatte Gelegenheit, mit der Mitautorin des Buches «Christliche Singles – Wie sie leben, glauben und lieben» (SCM R. Brockhaus) zu sprechen.

Johanna Weddigen, was ist bei Singles denn so anders?



Zunächst das Auffällige: Singles leben allein. Deshalb spielt Gemeinde eine besonders starke Rolle, im positiven Sinn, wie der gelebten Gemeinschaft, aber auch im Negativen. So fühlen sich 30 % der 3200 befragten Singles stigmatisiert. Oft gilt die Lebensform «Familie» als Norm. Obwohl es in Gemeinden immer mehr Singles gibt, wird diese Gruppe schnell übersehen. Singles beschäftigen Themen wie Gottes Rolle

in der Partnersuche, der Umgang mit sexuellen Bedürfnissen oder die Frage, mit wem man den Sonntagnachmittag verbringt.

Wie könnten ihre Anliegen besser aufgenommen werden?

Ein erster Schritt ist, das Anliegen zu thematisieren. Gemeinde ist ein wesentlicher Bestandteil ihres Lebens. Hier hat Gemeinde Verantwortung. Singles haben auch konkrete Wünsche: 59 % möchten mehr soziale Veranstaltungen für Singles, 38 % Unterstützung durch Gebet und Kurse, 29 % mehr Einbindung in Leitungspositionen. Viele wünschen sich Angebote, die Familien und Singles integrieren.

Ihre Empfehlungen aufgrund der Studie?

Bei der besseren Integration von Singles ist die ganze Gemeinde gefragt, auch die Singles. Für Familien ist es oft nicht leicht, sich in Singles und deren Alltag hineinzusetzen. Es ist daher wichtig, dass die Singles ihre Wünsche an Gemeinde äussern und auf Familien zugehen. Seitens der Familien herrscht oft Unsicherheit, ob ein Single eingeladen werden möchte oder es ihn eher traurig stimmt, bei einer Familie zu sein. Kommunikation der eigenen Wünsche kann hier helfen.



Besten Dank fürs Gespräch!

schenk
 Gesteuerte Horizontal-Bohrtechnik
www.schenkag.com

HINE ADON
HOTEL
 APARTHOTEL
HINEADON.COM

E. + W. BERTSCHI AG
 5728 Gontenschwil 062-773 12 40
 Spenglerei · Sanitär · Heizungen

FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

Huwa
 100 Jahre
www.huwa.ch

Ruedi Josuran:
«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»
lepramission.ch

SPITALSCHIFFE FÜR DIE ÄRMSTEN
 Sie können helfen!
www.mercyships.ch

Treuer Verwalter sucht
Mehrfamilienhaus zu kaufen.
 Das Erbe wird in Ehren weitergeführt...
 Bitte rufen Sie an: 033 535 59 45

RE/MAX
 Immobilienmakler
 Nathanael Regez
 Tel. 079 215 57 27
 n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und **Naturalatexmatratze**
 Schurwollduvets, Kissen und Bettauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk **Schaukarderei**
 Huttwil
 - Naturfaserkleider
 - Jurtenübernachtung
 - Betriebsführungen
www.kamele.ch **062 962 11 52**

2020 – Israel-Solidaritätsreisen

Israel-Frühlingsreise
 4. – 18. Mai 2020

Israel-Herbstreise
 18. Oktober – 1. November 2020

Prospekt: Pro Israel
 Postfach, 3607 Thun
 Tel. 033 335 41 84,
info@proisrael.ch
www.vereinigungproisrael.ch

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch

TB TRANSPARENT BROKER
 fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

MAF
 Flying for Life
maf-swiss.org

baumann elektro
 jung, dynamisch und motiviert
www.baumannelektro.ch
 3110 Münsingen | 031 721 62 27



Korsika-Urlaub Residence Pinea

Meine Wünsche für den nächsten Urlaub:

Ferienwohnung direkt am Strand

Urlaub für Körper, Seele und Geist

die mediterrane Schönheit der Insel entdecken

gemütliche Ferienanlage mit familiärer Atmosphäre

Jetzt informieren!
www.pinea-urlaub.de

☎ 00 49 281 948 67 588
 ☎ 00 33 634 336 732
 ✉ info@pinea-urlaub.de